

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Das Saarland ist Vereins- und Ehrenamtsland – und muss es bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Ehrenamtliches Engagement – ob in Vereinen oder Verbänden, Projekten oder kommunalen Einrichtungen, Kirchengemeinden oder sozialen Organisationen, Parteien oder Gewerkschaften – ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Die CDU-geführten Landesregierungen haben das Ehrenamt in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten daher stets gefördert und gestärkt – etwa mit der Ehrenamtsnadel, der Ehrenamtskarte, der Pflegemedaille, der Sozialmedaille sowie weiteren Maßnahmen wie den Ehrenamtsbörsen.

Von den Freiwilligen Feuerwehren bis zur Jugendarbeit in Sportvereinen: Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens – insbesondere auf kommunaler Ebene. Auch das kulturelle Leben würde verarmen, wenn es nur noch von Konsum und Zuschauermentalität geprägt wäre. Deshalb wollen wir das aktive bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Kirchen und Projektinitiativen auch künftig gezielt fördern.

Aus dieser Überzeugung heraus haben CDU und SPD im Februar 2024 gemeinsam in Art. 19 Satz 2 der Verfassung des Saarlandes verankert:

„Die Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit genießt den Schutz und die Förderung des Staates.“

Der Landtag stellt regelmäßig erhebliche Mittel für die Ehrenamts- und Vereinsförderung bereit. Und das aus gutem Grund: Laut aktuellem ZiviZ-Survey des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e. V. (2023) ist die Zahl der Vereine im Saarland auf 10.457 angestiegen. Mit 11 Vereinen pro 1.000 Einwohner weist das Saarland die höchste Vereinsdichte aller Bundesländer auf.

Auch das politische Ehrenamt ist tragende Säule unseres Gemeinwesens. Tausende ehrenamtlich tätige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Orts-, Gemeinde-, Stadträten und Kreistagen engagieren sich täglich mit Herzblut und Zeit für das Gemeinwohl.

Eine besonders wichtige Rolle nehmen dabei die politischen Jugendorganisationen ein: Sie sichern den Nachwuchs für unsere kommunalen Gremien und vermitteln früh demokratisches Engagement.

Umso befremdlicher ist es, dass die Staatskanzlei des Saarlandes überraschend und ohne detaillierte Abstimmung mit den Betroffenen die seit Jahrzehnten etablierte Förderung der politischen Jugendorganisationen streichen will.

Diese Entscheidung gefährdet die Zukunft des politischen Ehrenamtes im Land. Der Landtag sollte daher rechtzeitig die rechtlichen Grundlagen schaffen, um die Finanzierung der politischen Jugendverbände auch künftig sicherzustellen.

Zugleich gilt: Die zweckgebundene und gesetzeskonforme Verwendung öffentlicher Mittel ist stets zu gewährleisten. Das betrifft insbesondere auch staatlich geförderte Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Nicht im Einklang mit einer zweckgebundenen Verwendung zugebilligter Steuergelder steht insbesondere, wenn staatlich geförderte NGOs in Wahlkämpfen parteipolitisch einseitig eingreifen oder entgegen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung agieren.

Die Landesregierung hat deshalb im Rahmen des Haushaltsvollzugs sicherzustellen, dass eine transparente Mittelverwendung erfolgt, Zuwendungsempfänger eine verbindliche Demokratieerklärung abgeben und ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels erfolgt.

Transparenz und demokratische Kontrolle sind entscheidend, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Förderstrukturen zu erhalten und Missbrauch vorzubeugen.

Der Landtag des Saarlandes bekennt sich dazu:

- den Verfassungsauftrag aus Art. 19 der Verfassung zum Schutz und zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit aktiv umzusetzen und die erforderlichen Mittel im Landeshaushalt bereitzustellen,
- auch künftig die Förderung der politischen Jugendverbände im Rahmen der sog. RPJ-Mittel in angemessener Höhe sicherzustellen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- sicherzustellen, dass öffentliche Mittel ausschließlich zweckgebunden und im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verwendet werden,
- von allen Zuwendungsempfängern eine verbindliche Demokratieerklärung einzufordern,

- von allen Empfängern öffentlicher Mittel ein Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel einzuholen.

Der Landtag des Saarlandes fordert Bundesregierung und Bundestag auf:

- zusätzliche Mittel für die Ehrenamtsförderung bereitzustellen,
- die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz ehrenamtlich Tätiger weiter zu verbessern.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.